



Stellungnahme des Integrationsbeirats des Hamburger Senats zu Nationalismus, Intoleranz und Rassismus

Der Integrationsbeirat des Hamburger Senats setzt sich für eine pluralistische Gesellschaft ein. Wir sind davon überzeugt, dass eine offene Gesellschaft sich gegen Rassismus, Intoleranz und Nationalismus verstärkt zur Wehr setzen muss.

Anlass zu der Stellungnahme ist das Attentat am 19. Februar 2020 gegen neun Menschen mit Migrationshintergrund in Hanau. Diese Tat ist ein rassistisch motivierter Terroranschlag. Dies ist aktuell der dritte rechtsextremistische Anschlag in Deutschland in wenigen Monaten.

Der Integrationsbeirat warnt vor der Spaltung der Gesellschaft und extremistischer Gewalt. Hierbei ist es egal, ob diese Gewalt von Rechtsextremen, fanatischen Islamisten oder anderen radikalisierten Kräften ausgeht und gegen wen sich die Gewalt richtet. Dabei ist wichtig, zu beachten, dass jedes gewaltsame Agieren, egal von welcher Religion oder Weltanschauung es ausgeht, von uns verurteilt wird. Der Terrorismus hat keinen Glauben.

Wir empfinden, die Gefährdung der Rechtslage durch

- Rechtsextremismus
- Antisemitismus
- Rassismus

in Deutschland als sehr hoch.

Ferner nehmen die Übergriffe gegen Menschen und Vandalismus an Gotteshäusern zu. Die absolut überragende Mehrheit der Angehörigen aller Religionen und Weltanschauungen verurteilen wie wir die Übergriffe gegenüber anderen Menschen.

Seitens der Politik des Bundes, vor allem aber der Hamburger Politik, ist es Zeit, ein Zeichen zu setzen, das entschieden gegen jegliche Diskriminierung spricht. Es ist hierbei keine Benachteiligung einzelner Gruppierungen zuzulassen.

Unsere Zukunft kann nur in Gemeinschaft mit und unter Teilhabe aller demokratischen und an unserem Grundgesetz orientierten gesellschaftlichen Gruppen gelingen. Nach unserer Meinung soll die Polizeipräsenz in ganz Deutschland erhöht und insbesondere sensible Einrichtungen wie z. B. Moscheen und Synagogen verstärkt überwacht werden. Wir hoffen, dass die Bundespolizei der Bundesländer uns zusätzlich für unsere Sicherheit unterstützt.

Ferner soll ein Gesetzesentwurf geschaffen werden, der mehr praktischen Schutz bietet. Jede Religion, die unser Grundgesetz achtet, hat das Recht auf Schutz und Gleichberechtigung. Der Schutz unserer Grundrechte und Grundfreiheiten ist nicht teilbar, in keine Richtung und von keiner politischen Richtung. Wird er an einer Stelle aufgeweicht, gibt er an allen Stellen nach.